

# Landeshauptstadt Magdeburg

## Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 32	S0115/13	27.05.2013

zum/zur

A0035/13 – FDP-Ratsfraktion, Stadtrat Dr. Helmut Hörold

Bezeichnung

Plattform für elektronischen Bürgerservice prüfen

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	04.06.2013
Finanz- und Grundstücksausschuss	19.06.2013
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	20.06.2013
Verwaltungsausschuss	30.08.2013
Stadtrat	05.09.2013

### Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Einführung eines neuen Bürgerservices in Form einer Onlineplattform zur elektronischen Mitteilung von Infrastrukturproblemen in der Landeshauptstadt zu prüfen.

Ziel des Services ist es einerseits, die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung zu verbessern, die Zufriedenheit der Bürger zu steigern und ihr Engagement zu erhöhen. Andererseits kann die Verwaltung durch schnelle und gezielte Hinweise auf Ordnungsangelegenheiten unbürokratisch reagieren und Abhilfe schaffen.

### Antwort:

Die eigenständige Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalts mit dem Arbeitstitel „Sachsen-Anhalt-Melder“ ist Ende des Jahres 2012 bekannt geworden. Im Rahmen der Pilotierung konnte mit Stand vom 17. Mai 2013 seitens der entwickelnden Firma TSA Teleport GmbH ein anwendungsfähiges Produkt für Sachsen-Anhalt vorgestellt werden. Die Entwicklung erfolgte gemeinsam mit der Stadt Halle, wobei Einsatz und Freischaltungstermin dort noch nicht bekannt sind.

Das Produkt mit seinen eGovernment-Basiskomponenten lässt sich beispielsweise organisatorisch leicht in die Abläufe des ServiceCenters der Landeshauptstadt integrieren, da hier nur über einen anderen Informationskanal gleichgestellte Informationen über die Behördenrufnummer 115 entgegen genommen werden.

In einer weiteren Programmversion 2.0 des „Sachsen-Anhalt-Melders“, die für Mitte 2013 erwartet wird, kann dann ein interner Workflow integriert werden, der direkte Rückmeldung über den Status der Bearbeitung über das Internet ermöglicht.

Die Verwaltung prüft zurzeit die Integration dieses Produkts und die damit verbundenen Verwendungen.

Das Ministerium für Finanzen wird im Zuge der Zusammenarbeit D 115 einmalig die Kosten für die Implementierung des „Sachsen-Anhalt-Melders“ in der Landeshauptstadt übernehmen.

Holger Platz